

Leserbrief an die Wiener Zeitung
29. Mai 2020

Betreff: 49 Mio. Euro für Assistenzeinsatz "Migration" des Bundesheeres

Sehr geehrte Redaktion,

im Kleinen scheint der Budgetentwurf 2020 doch sehr genau zu sein. Für militärische Angelegenheiten steigen die Ausgaben gegenüber 2019 um 9,9% auf 2,55 Mrd. €, wobei der größte Teil für Investitionen von etwa 790 Mio. € vorgesehen ist (in vielen Fällen verteilt auf 2 Jahre). Der Aufwand für den derzeitigen, umstrittenen Milizeinsatz wird mit 8 Mio.€ angegeben. Für die Ausstattung von „Sicherheitsinseln“ für den Krisen- und Katastrophenfall sind 10 Mio.€ veranschlagt, wobei das Katastrophenmanagement doch eher beim Innenministerium liegt. 49 Mio.€ sind für den Assistenzeinsatz Migration vorgesehen, wobei da nicht Hilfen für Flüchtlinge gemeint sind (vom Katastrophenhilfsfonds gingen nur 3 Mio.€ nach Lesbos und für die Aufnahme unbegleiteter, jugendlicher Geflüchteter ist kein Geld da), sondern deren menschenrechtswidrige Zurückweisung an den Grenzen, wenn sie keinen negativen Corona-Test vorweisen können! Dieser Betrag wäre besser menschenrechtskonform für wirkliche Hilfe für Geflüchtete ausgegeben, aber Außenminister Schallenberg weigert sich derartige Leistungen durchzuführen oder nur zuzulassen. Die humanitäre Aufnahme jugendlicher AsylwerberInnen könnte sogar eine soziale Investition für künftige, kreative MitbewohnerInnen darstellen, aber die Sektion Integration im Bundeskanzleramt will das nicht. Ich muss mich weiter schämen Österreicher zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

em. Uni.-Prof. H.-Peter Degischer

Wien

<http://abfang.org/>

